

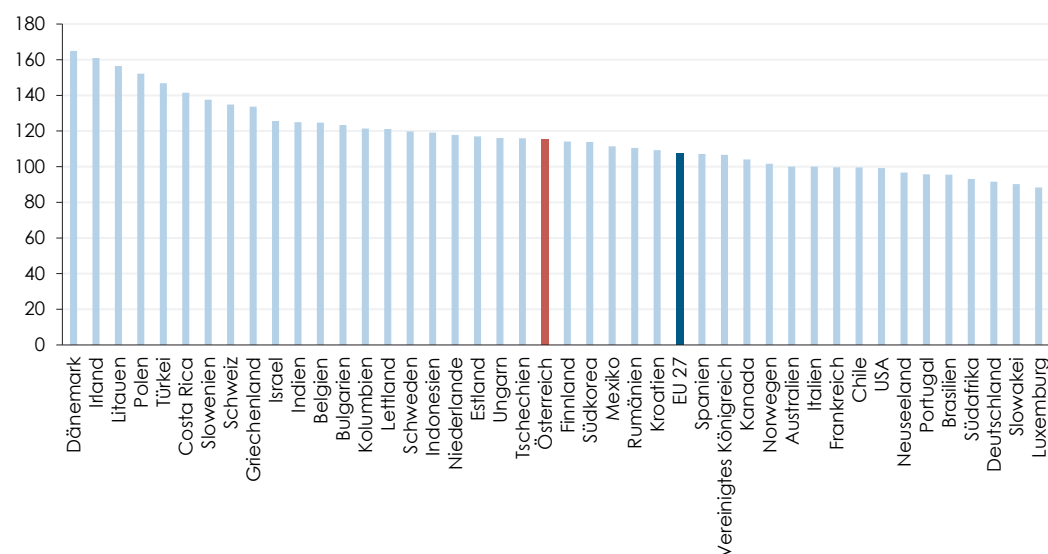
Europäische Industriepolitik im Wandel

Michael Peneder

- Die europäische Industriepolitik blickt zurück auf eine wechselhafte Geschichte mit markanten Richtungsänderungen.
- Dabei hat sich zunehmend ein integrierter Ansatz durchgesetzt, der Querschnittsthemen der allgemeinen Standortpolitik mit strategischen Schwerpunkten verbindet.
- Wachsende geopolitische Spannungen legen technologische und strategische Lücken im Wettbewerb mit anderen großen Wirtschaftsmächten offen.
- Fragen der europäischen Souveränität gewinnen an Bedeutung.
- Mit neuen Instrumenten (z. B. Schlüsseltechnologien, Großprojekte von gemeinsamem europäischem Interesse, Investitionskontrolle oder CO₂-Grenzausgleich) hat die EU versucht, ihre strategischen Handlungsmöglichkeiten beständig zu erweitern.

Produktionsindex für die Herstellung von Waren

2015/2024, 2015 = 100



"Von 2015 bis 2024 ist die Industrieproduktion im Durchschnitt der EU 27 lediglich um 7,5% gewachsen."

Im Durchschnitt der EU 27 ist die Industrieproduktion von 2015 bis 2024 um 7,5% gestiegen. Spitzenreiter war Dänemark (+65,0%). Österreich liegt mit einem kumulierten Wachstum von 15,1% innerhalb der EU auf dem 15. Rang. Außerhalb der EU zählen die Türkei, Costa Rica und die Schweiz zu den Ländern mit dem stärksten Anstieg der Industrieproduktion. Vergleichbare Daten für China liegen nicht vor (Q: Eurostat, OECD, WIFO-Berechnungen. Costa Rica, Israel, Indien, Kolumbien, Indonesien, Korea, Mexiko, Kanada, Australien, Chile, USA, Neuseeland, Brasilien, Südafrika: letztverfügbares Jahr 2023).

Europäische Industriepolitik im Wandel

Michael Peneder

Europäische Industriepolitik im Wandel

Tiefgreifende technologische, geoökonomische und geopolitische Herausforderungen prägen die rezente Entwicklung der europäischen Industriepolitik. Nach einer langen und wechselvollen Geschichte setzt sich zunehmend ein integrierter Ansatz durch, der "horizontale" Maßnahmen der Standortpolitik mit "vertikalen" strategischen Schwerpunkten verbindet. Eine wesentliche Herausforderung für die EU-Mitgliedsländer besteht darin, sich innerhalb der neuen europäischen Schwerpunkte und Netzwerke vorteilhaft zu positionieren.

JEL-Codes: L52, L53, O25, O38 • **Keywords:** Industriepolitik, Wettbewerbsfähigkeit, Geoökonomie, Transformation

Bei der Erstellung dieses Beitrages wurden DeepL Write für Sprachkorrekturen sowie Perplexity Sonar Deep Research für spezifische Recherchen verwendet. Der Autor hat die verwendeten Inhalte geprüft, überarbeitet und übernimmt die volle Verantwortung für das Ergebnis.

Begutachtung: Agnes Kügler, Klaus Friesenbichler • **Wissenschaftliche Assistenz:** Anna Strauss-Kollin (anna.strauss-kollin@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 28. 1. 2026

Kontakt: Michael Peneder (michael.peneder@wifo.ac.at)

European Industrial Policy in Transition

The evolution of European industrial policy has been driven by profound technological, geoeconomic and geopolitical challenges. After a long and complex history, an integrated approach is increasingly gaining traction, combining general "horizontal" policies with "vertical" strategic interventions. An important challenge for national policies is to position itself favourably in the new European priorities and networks.

1. Einleitung

Am 16. Jänner 2026 hat die österreichische Bundesregierung ihre "**Industriestrategie Österreich 2035**" veröffentlicht (Republik Österreich, 2026). Dieser Schritt stellt einen bedeutenden Wendepunkt dar, da es in Österreich seit der Krise der verstaatlichten Industrie in den 1980er-Jahren und den darauffolgenden Privatisierungen keine explizite und als solche deklarierte **strategische** Industriepolitik mehr gegeben hatte¹⁾. Österreich zieht damit gegenüber langjährigen Entwicklungen auf europäischer Ebene nach: Industriepolitik in Form von branchen- oder technologiespezifischen "vertikalen" wirtschaftspolitischen Maßnahmen gilt nicht mehr als unüberbrückbarer Gegensatz zu einer "horizontalen" Standortpolitik ohne diskriminierende

Eingriffe. Vielmehr sollen standortpolitische Rahmenbedingungen und strategische Schwerpunkte einander ergänzen, um die Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz der europäischen Wirtschaft zu stärken und angestrebte Transformationsprozesse zu unterstützen.

Die Industriepolitik der EU steht angesichts der tiefgreifenden technologischen, geoökonomischen und zunehmend auch geopolitischen Veränderungen vor großen Umbrüchen²⁾. Der globale technologische Wandel, die ökologische Transformation, der wachsende Wettbewerbsdruck durch China sowie die zunehmende Verknüpfung von wirtschaftlicher Stärke mit geopolitischen

¹⁾ Die Betonung liegt hier auf "explizit strategisch". Die umfangreiche Arbeit an branchenspezifischen gesetzlichen Materialien und Verwaltungsleistungen, z. B. in den Bereichen Standardisierung oder Produktmarktregulierung, sowie die Mitarbeit in den entsprechenden internationalen Gremien sind ein beständiger Bestandteil von Industriepolitik, der in den akademischen und politischen Diskursen zu Unrecht vernachlässigt wird. Auch in der Arbeitsmarkt- oder der Innovationspolitik sind thematische Schwerpunkte wie Qualifizie-

rungsoffensiven und Schlüsseltechnologien seit langem etabliert.

²⁾ Die Veränderung der internationalen Rahmenbedingungen hat auch in Österreich eine eingehende Beschäftigung mit grundlegenden Fragen der Industriepolitik angestoßen. Beispiele mit unterschiedlichen Perspektiven sind etwa die Arbeiten von Aiginger und Rodrik (2020), Fadinger und Steinwender (2025), Felbermayr (2023), Landesmann (2025), Peneder (2017, 2026), Polt et al. (2021b), Polt (2025), Raza et al. (2025) oder Wanzenböck und Weber (2024).

Interessen erfordern allesamt europäische Antworten (Peneder, 2026). Die Industriestrategie Österreich 2035 sieht sich daher "eng mit europäischen Initiativen und Strategien

abgestimmt" (Republik Österreich, 2026, 7). Dieser Beitrag bietet einen kurzen Überblick über die Entwicklung der europäischen Industriepolitik.

2. Historische Wurzeln

Industriepolitik hat in Europa eine lange und wechselvolle Geschichte. Mit der Gründung der **Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl** (EGKS) im Jahr 1951 waren bereits zu Beginn des europäischen Einigungsprojektes industriepolitische Agenden von wesentlicher Bedeutung. Neben dem friedenspolitischen Anliegen der gegenseitigen Kontrolle militärischer Güter wurde etwa versucht, durch gemeinsame Quoten für Investitionen, die Regulierung von Preisen, oder den Abbau von Zöllen nach innen sowie Handelsbeschränkungen nach außen die Versorgung mit Kohle und Stahl innerhalb der Gemeinschaft sicher zu stellen. Ein weiteres Beispiel für sektorale Politik ist die 1957 im Rahmen der Römischen Verträge gegründete **Europäische Atomgemeinschaft** (EURATOM)³⁾.

Die gleichzeitige Gründung der **Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft** (EWG) zielte dagegen vor allem auf den freien Personen-, Kapital- und Güterverkehr sowie eine

abgestimmte Handelspolitik im Rahmen des **Gemeinsamen Marktes** ab, während die traditionelle Industriepolitik überwiegend in der Verantwortung der Nationalstaaten blieb. Diese setzten sie auch häufig ein: für direkte Förderungen ebenso wie für die Verstaatlichung von allgemeinen Versorgungsunternehmen (z. B. in der Verkehrs-, Energie-, oder Abfallwirtschaft) oder von Unternehmen in "strategisch" als besonders wichtig angesehenen Branchen (z. B. Bergbau oder Stahlindustrie). In den Jahren des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg konnte man so den Mangel an Kapital für die Industrie rascher überwinden und Konjunkturschwankungen besser ausgleichen. In den betroffenen Branchen entstanden dadurch aber auch Überkapazitäten, die mit dem Ende des Nachkriegsbooms Krisen verursachten, weshalb die Industriepolitik zunehmend einen defensiven Charakter annahm und Kapazitätsanpassungen sowie den notwendigen Strukturwandel verzögerte.

3. Zeit der großen Auseinandersetzungen

All diese Faktoren brachten die traditionelle Industriepolitik in den 1970er-Jahren zunehmend in Misskredit. Strategien zur Herausbildung nationaler oder Europäischer Champions wurden zunehmend als Vorwand für das Verschleppen notwendiger Struktur Anpassungen angesehen. Ideologische Richtungskämpfe zwischen "Markt" und "Staat" bestimmten die Diskussion in den 1980er-Jahren. Die Unfähigkeit der einzelstaatlichen Politik, das "Gefangenendilemma" **teurer Subventionswettkämpfe** zu überwinden, und die hohe Wirksamkeit wettbewerblcher Marktprozesse beim Auflösen von Überkapazitäten hatten einen nachhaltigen Umschwung

in Richtung Privatisierung und Deregulierung zur Folge. Wirtschaftspolitische Eingriffe in einzelne Sektoren wurden nun abgelehnt und die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes als wichtigster Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit angesehen. Die im Vertrag von Maastricht 1992 festgeschriebene Verantwortung der **Euro-päischen Union** für die Industriepolitik – im Sinne der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie sowie der Koordination nationaler Aktivitäten – wurde als Auftrag zu einer "horizontalen" Standortpolitik aufgefasst, die nicht "vertikal" zwischen verschiedenen Wirtschaftszweigen diskriminieren sollte.

4. Rückkehr der Industriepolitik

4.1 Integrierte Industriepolitik

In den 1990er-Jahren hatten die Begriffe "Standortpolitik" und "Wettbewerbsfähigkeit" weitgehend jenen der "Industriepolitik" verdrängt. Allerdings setzte sich zunehmend auch die Einsicht durch, dass sich selbst horizontale politische Maßnahmen unterschiedlich auf die einzelnen Branchen auswirken. Als im Jahr 2000 die **Lissabon-Strategie** sehr ambitionierte Ziele für die Wettbewerbs-

fähigkeit der EU formulierte, wurde die sektorale Perspektive durch eine auf die konkreten Bedürfnisse einzelner Branchen zugeschnittene Umsetzung horizontaler Maßnahmen aufgewertet. Die Idee einer die Marktprozesse begleitenden **Strukturpolitik** mündete schließlich in einen **integrierten Ansatz**, der "horizontale" und "vertikale" Maßnahmen verbinden sollte (Europäische Kommission, 2005). Angestrebt wurden sowohl eine Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen

³⁾ <https://www.europarl.europa.eu/about-parliament/de/in-the-past/the-parliament-and-the-treaties/euratom-treaty>.

**"Schlüsseltechnologien"
sollten die horizontale
Standortpolitik
ergänzen.**

Rahmenbedingungen, die i. S. der Standortpolitik grundsätzlich alle Wirtschaftszweige betreffen, als auch sektorale Initiativen, z. B. zur Optimierung bzw. Verbesserung von ausgewählten branchenspezifischen Regulierungen.

Einen einflussreichen Schritt in Richtung strategischer Schwerpunkte setzte die Europäische Kommission (2009) mit dem Konzept der sogenannten **Schlüsseltechnologien** (Key Enabling Technologies – KET). Diese wurden aufgrund ihres Wertschöpfungspotenzials und ihrer Anwendungsbreite als besonders systemrelevant und bedeutsam für die Zukunftsfähigkeit der EU eingestuft. In den folgenden Jahren entwickelten sich Schlüsseltechnologien zu einem wichtigen Steuerungsinstrument der Europäischen Forschungs- und Industriepolitik. Das Programm "Horizon Europe" 2021 bis 2027 nennt folgende sechs KET:

- Fortschrittliche Fertigungstechnologien,
- Fortschrittliche Werkstoffe,
- Life-Science-Technologien,
- Mikro-, Nanoelektronik und Photonik,
- Künstliche Intelligenz sowie
- Sicherheits- und Konnektivitätstechnologien.

Die Industriestrategie Österreich 2035 knüpft mit neun Schlüsseltechnologien an die europäischen Rahmenwerke der **Key Enabling Technologies** sowie des Monitoring-Projektes "Advanced Technologies for Industry" (ATI) an⁴⁾. Insgesamt sind die Technologiefelder allesamt sehr breit gefasst, was das Ausmaß an politischer Steuerung letztlich gering hält und viel Spielraum für Spezialisierung entlang bestehender komparativer Vorteile belässt⁵⁾.

4.2 "Reindustrialisierung"

Im Jahr 2010 wurde die "integrierte Industriepolitik" im Rahmen der "Europa 2020"-Strategie zu einer von sieben Leitinitiativen aufgewertet (Europäische Kommission, 2010). In einer Aktualisierung der Strategie setzte sich die Europäische Kommission (2012a) zudem das Ziel einer aktiven Reindustrialisierung. Bis zum Jahr 2020 sollte der **Anteil der Industrie an der Wertschöpfung** der EU auf 20% steigen. Dieses 20%-Ziel bestimmte über viele Jahre die industriepolitische Diskussion in der EU. Tatsächlich stieg der Wertschöpfungs-

anteil der Herstellung von Waren von 15,3% im Jahr 2012 auf lediglich 16,2% im Jahr 2023⁶⁾.

Auf Basis fundamentaler Angebots- und nachfrageseitiger Überlegungen zum Strukturwandel in Richtung Dienstleistungen war abzusehen, dass die EU an ihrer ambitionierten Zielsetzung scheitert (Peneder, 2014; Peneder & Streicher, 2018). Bestimmende Faktoren, wie z. B. sektorale Unterschiede im Produktivitätswachstum oder in der Einkommenselastizität der Nachfrage, werden weiterhin wirken, wenngleich aufgrund aktueller Entwicklungen die Wahrscheinlichkeit für eine Ausweitung des Industrieanteils tendenziell steigt. Dieser könnte vor allem durch drei Mechanismen zunehmen: Erstens, wenn neue Bedarfe für industriell gefertigte Waren entstehen, z. B. durch neue technische Lösungen zur Verbesserung der Ressourceneffizienz oder durch steigende Militärausgaben. Beide Entwicklungen werden von der angestrebten ökologischen Transformation und Investitionen in die europäische Sicherheitsinfrastruktur angetrieben. Ein zweiter dem Industrieanteil zuträglich Faktor wäre ein geringeres Produktivitätswachstum der Industrie im Vergleich zu den Dienstleistungen⁷⁾. Werden höhere Produktivitätsgewinne in einem Sektor nicht durch ein kräftigeres Wachstum der Nachfrage ausgeglichen, sinkt unter Wettbewerbsbedingungen ceteris paribus dessen Anteil am nominellen Verbrauch und damit auch am Volkseinkommen. Drittens könnten einzelne EU-Länder und Regionen den Wertschöpfungsanteil der Industrie über den Außenhandel erhöhen. Hier gibt es Spielraum für eine aktive Industriepolitik, den in den vergangenen Jahren vor allem China und andere Schwellenländer mit erfolgreichen Exportstrategien genutzt haben. Global betrachtet handelt es sich bei gegebenem Verbrauch an Industriegütern aber um ein Nullsummenspiel. Angesichts der intensiven Bemühungen aller großen Wirtschaftsräume, ihre Wettbewerbsposition im internationalen Warenhandel zu verbessern, ist das Potenzial für anhaltend positive Nettoeffekte, die den Industrieanteil in der EU erhöhen, daher begrenzt.

4.3 Important Projects of Common European Interest (IPCEI)

Im Zuge der Rückkehr der Industriepolitik hat die Europäische Union ein Rechtsinstrument

⁴⁾ Die darin genannten KET finden sich zum Teil unmittelbar in der Industriestrategie wieder (z. B. fortschrittliche Werkstoffe, fortschrittliche Fertigungstechnologien, Mikroelektronik und Photonik, Life Science und Biotech, KI und Dateninnovation), teilweise sind sie dort auf breitere Querschnittsthemen verteilt (z. B. Energie- und Umwelttechnologien, Mobilität). Die Industriestrategie hebt zusätzlich besondere nationale Schwerpunkte hervor (z. B. Quantentechnologie, Weltraum- und Luftfahrttechnologien).

⁵⁾ Hofmann et al. (2025) bieten eine Stärken-Schwäche-Analyse Österreichs in ausgewählten Schlüsseltechnologien.

⁶⁾ Q: UN National Accounts Database.

⁷⁾ Das ist kein gänzlich unrealistisches Szenario: Beispielsweise könnte die Fragmentierung der globalen Handelsbeziehungen das Produktivitätswachstum in der Industrie beeinträchtigen. Störungen der Wertschöpfungsketten könnten durch geopolitische Verwerfungen oder Umweltkatastrophen entstehen. Umgekehrt dürfte der Einsatz generativer KI-Modelle in zahlreichen informationsverarbeitenden Dienstleistungen (z. B. Verwaltung, Marketing, Forschung) zu höheren Produktivitätsgewinnen führen als in der industriellen Fertigung, die bereits weitreichend automatisiert ist.

zur Bewältigung europäischer Großprojekte aktiviert, das bereits im EWG-Vertrag von 1957 verankert, aber über verschiedene Dokumente verstreut und daher weitgehend ungenutzt geblieben war: die **Important Projects of Common European Interest** (IPCEI). Im Jahr 2014 führte die Europäische Kommission die verschiedenen Regelungen erstmals in einer eigenen, umfassenden IPCEI-Mitteilung zusammen und schuf damit die Grundlage für die systematische Anwendung des Instruments im Rahmen einer integrierten europäischen Industriestrategie⁸⁾.

IPCEI begründen eine **Ausnahme im europäischen Beihilfenrecht** zur Förderung von Großprojekten von besonderer strategischer Bedeutung für die EU (Polt et al., 2021a). Die Europäische Kommission prüft, erteilt und überwacht die Umsetzung, während die Finanzierung der Projekte im Wesentlichen durch die beteiligten Mitgliedsländer und Unternehmen erfolgt. Als IPCEI definierte Vorhaben müssen verschiedenen Kriterien genügen. Dazu gehören die Beteiligung mehrerer Mitgliedsländer, bedeutende Beiträge zu übergeordneten europäischen Zielen, der Nachweis von "Markt-" oder "Systemversagen" sowie ein Fokus auf grundlegende Produkt- oder Prozessinnovationen.

Seit der ersten Mitteilung im Jahr 2014 hat die Europäische Kommission elf integrierte IPCEI in den Bereichen Mikroelektronik, Batterien, Wasserstoff, Cloud-Infrastruktur und -Services, Gesundheit sowie spezialisierte KI-Projekte genehmigt. Österreich nutzt dieses Instrument mit bisher 19 Beteiligungen heimischer Unternehmen an vier IPCEI-Initiativen in den Bereichen Mikroelektronik, Batterien und Wasserstoff sehr aktiv. Die **Industriestrategie Österreich 2035** kündigte die Beteiligung an einem weiteren IPCEI für fortschrittliche Halbleitertechnologien an.

4.4 Investitionskontrolle

Im Rahmen einer Aktualisierung der industriepolitischen Strategie schuf die Europäische Kommission (2017) einen neuen Rahmen für die **Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen**, die als Risiko für die Sicherheit oder öffentliche Ordnung eingestuft werden (FDI-Screening). 2019 wurde eine

entsprechende Verordnung erlassen, die den Mitgliedsländern Rechtssicherheit und vermehrten Spielraum bei der Prüfung und allfälligen Untersagung von Unternehmensübernahmen aus Drittländern außerhalb der EU, des EWR oder der Schweiz gibt. Die Screening-Mechanismen haben sich seither zu einem flächendeckenden System entwickelt. Zu Jahresbeginn 2026 verfügten praktisch alle EU-Mitgliedsländer über ein Kontrollverfahren für ausländische Direktinvestitionen oder es stand dessen Einführung unmittelbar bevor.

Um den neuen, erheblich erweiterten europäischen Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen, hat die österreichische Bundesregierung bereits im Juli 2020 ein eigenes **Investitionskontrollgesetz** (InvKG) in Kraft gesetzt⁹⁾. Es regelt die Kontrolle ausländischer Direktinvestitionen natürlicher oder juristischer Personen aus Drittländern in österreichische Unternehmen. FDI sind genehmigungspflichtig, wenn Investor:innen Stimmrechtsanteile über bestimmten Mindestschwellen erwerben. Kleinstunternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten und einem jährlichen Umsatz unter 2 Mio. € sind davon ausgenommen.

In der EU-Verordnung von 2019 wurden als Minimalkonsens lediglich gemeinsame Grundprinzipien festgelegt, während die einzelnen Mitgliedsländer über die Einführung und konkrete Ausgestaltung der Investitionskontrollen entscheiden konnten. Daraus folgten beträchtliche nationale Unterschiede und ein fragmentiertes regulatorisches Umfeld. Um die Fragmentierung zu überwinden, einigten sich die EU-Institutionen im Dezember 2025 auf eine **Überarbeitung** des FDI-Screenings mit dem Ziel einer weitreichenden Harmonisierung¹⁰⁾. Die Mitgliedsländer werden ihre Systeme weiterhin über die Mindestanforderungen hinaus erweitern können, neue Mindeststandards sollen allerdings die regulatorische Fragmentierung verringern und die Planbarkeit für Investor:innen erhöhen. Im Einklang mit den Veränderungen in den Rahmenbedingungen auf EU-Ebene ist die Reform des Investitionskontrollgesetzes ein wesentlicher Bestandteil der Industriestrategie Österreich 2035.

IPCEI ermöglichen die Förderung von Großprojekten von besonderer strategischer Bedeutung für die Europäische Union.

Österreich hat bereits 2020 ein Investitionskontrollgesetz eingeführt, das die Kontrolle ausländischer Direktinvestitionen aus Drittländern regelt.

5. Neue Herausforderungen

5.1 Doppelte Transformation und Souveränität

Im Jahr 2020 stellte die Europäische Kommission (2020) eine neue, an den drei übergeordneten Prioritäten Wettbewerbsfähigkeit, ökologische Transformation und Digitalisie-

rung ausgerichtete Industriestrategie vor. Neben den zahlreichen Plänen und Maßnahmen zu einzelnen Bereichen ist vor allem die Neuausrichtung der übergeordneten Ziele bemerkenswert. Im Mittelpunkt steht die Sorge um die **technologische und wirtschaftliche Souveränität der EU** vor dem

⁸⁾ https://competition-policy.ec.europa.eu/state-aid/ipcei_en.

⁹⁾ <https://www.bmwet.gv.at/Ministerium/Rechtsvorschriften/aussenwirtschaftsrecht/Investitionskontrollgesetz.html>.

¹⁰⁾ https://policy.trade.ec.europa.eu/news/revision-eus-foreign-investment-screening-mechanism-2025-12-11_en?prefLang=de.

Die Europäische Union will bei der Digitalisierung und Ökologisierung weltweit eine Führungsrolle übernehmen.

Die Aufbau- und Resilienzfazilität verknüpfte die Krisenbekämpfung nach der COVID-19-Pandemie mit den strategischen Zielen der doppelten Transformation.

Hintergrund wahrgenommener Asymmetrien im internationalen Wettbewerb. Neben diesem ungewohnt defensiven Ziel stellt sich die EU offensiv den Herausforderungen zweier großer gesellschaftlicher **Transformationen**: sie will bei der Digitalisierung weltweit eine Führungsrolle einnehmen und bis 2050 klimaneutral werden. Auch die Industriestrategie Österreich 2035 hebt dieses Ziel der **Twin-Transition** wiederholt als ein wesentliches Leitbild hervor.

Im Hinblick auf den Einsatz neuer industriepolitischen Instrumente ist insbesondere die Einführung eines **CO₂-Grenz-ausgleichsmechanismus** (Carbon Border Adjustment Mechanism – CBAM) für emissionsintensive Branchen von Bedeutung. Damit will die EU den Zielkonflikt zwischen wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und ökologischer Transformation auflösen und Wettbewerbsnachteile auf dem Binnenmarkt, die durch niedrigere Standards und eine geringere Bepreisung von CO₂-Emissionen in Drittländern entstehen, unterbinden. Mit Jahresbeginn 2026 ist der CBAM von einer zweijährigen Übergangsphase mit reinen Berichtspflichten in die verbindliche Regelphase übergetreten. Sie ist verbunden mit einem konkreten Bepreisungsmechanismus für die in ausgewählten Warenimporten enthaltenen CO₂-Emissionen.

In der Industriestrategie Österreich 2035 spielt der CBAM nur eine untergeordnete Rolle. So enthält sie z. B. keine Forderung nach einer Kompensation für die CO₂-Bepreisung von EU-Exporten, die in Verbindung mit den bestehenden Regelungen ein Ende der Zuteilung von Freizertifikaten an besonders emissionsintensive EU-Unternehmen erlauben würde. Stattdessen will sich die österreichische Bundesregierung auf EU-Ebene für eine Verlängerung der Freizertifikate über das Jahr 2034 hinaus einsetzen.

5.2 Resilienz und "Offene Strategische Autonomie"

Das erste Jahr der Umsetzung der Industriestrategie von 2020 war von der COVID-19-Pandemie geprägt, die umfangreiche öffentliche Hilfen und Sonderprogramme zur Unterstützung der europäischen Wirtschaft erforderte. Die Europäische Kommission (2021) sah sich daher veranlasst, ihre industriepolitische Strategie bereits nach einem Jahr zu aktualisieren.

Die bedeutendste Neuerung bestand in der **Aufbau- und Resilienzfazilität** (ARF)¹¹⁾ sowie den darauf beruhenden Aufbau- und Resilienzplänen der EU-Mitgliedsländer. Die ARF

sollte die Krisenbekämpfung mit den strategischen Zielen der grünen und digitalen Transformation sowie der Finanzierung der damit einhergehenden enormen Investitionsbedarfe verknüpfen. Sie trat im Februar 2021 befristet in Kraft. Die Ausnahme vom Verbot der Schuldenfinanzierung ermöglichte es der Europäischen Kommission, im Namen der EU durch die Emission von Anleihen bis zu 750 Mrd. € auf dem Kapitalmarkt aufzunehmen. Die Mittel wurden teilweise als Darlehen und teilweise als nicht rückzahlbare Zuschüsse an die Mitgliedsländer weitergegeben und ihre Vergabe an Mindestquoten gebunden: So mussten zumindest 37% der Mittel für klimabezogene Maßnahmen und mindestens 20% für Digitalisierung verwendet werden. Bis August 2026 müssen alle Mitgliedsländer die in ihren Aufbau- und Resilienzplänen vereinbarten Meilensteine und Ziele erreicht haben. Die Rückzahlung der Anleihen soll ab 2028 über den EU-Haushalt erfolgen und bis spätestens 2058 abgeschlossen sein.

Neben diesen Maßnahmen rückte mit dem Ziel einer **Offenen Strategischen Autonomie** die Forderung nach einer strukturellen Stärkung der Krisenfestigkeit und strategischen Selbstbestimmung bei gleichzeitiger Offenheit für internationalen Handel und Investitionen weiter ins Zentrum der EU-Politik. Mehr Resilienz will die EU dadurch erreichen, dass sie in ausgewählten Gütergruppen, die für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, Gesundheitsversorgung oder von kritischen Lieferketten von besonderer Bedeutung sind, ihre Importabhängigkeit von wenig diversifizierten ausländischen Anbietern verringert. Wenn keine ausreichende Diversifizierung der Lieferbeziehungen möglich ist, kann Resilienz auch durch strategische Bevorratung, die Ansiedlung internationaler Hersteller oder den Aufbau einer eigenen Produktion in der EU erreicht werden.

Zwischen 2021 und 2024 wurden zudem mehrere **spezialisierte Instrumente** verabschiedet. So zielt etwa der "European Chips Act" darauf ab, den Marktanteil der EU in der Halbleiterproduktion von unter 10% bis 2030 auf 20% zu erhöhen¹²⁾. Insgesamt sollen durch die Förderung von Forschung und Entwicklung sowie durch Ausnahmeregelungen für Staatshilfen im Bereich der Halbleiterfertigung Investitionen in Höhe von 43 Mrd. € mobilisiert werden (Dachs, 2023). Zusätzlich sind Maßnahmen zur Überwachung der weltweiten Lieferketten vorgesehen. Ein weiteres spezialisiertes Instrument der Industriepolitik ist der "Critical Raw Materials Act" (CRMA), der ehrgeizige Ziele für den Ausbau der europäischen Kapazitäten an kritischen

¹¹⁾ https://commission.europa.eu/business-economy-euro/economic-recovery/recovery-and-resilience-facility_de.

¹²⁾ <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/european-chips-act>.

Rohstoffen festlegt¹³). Schließlich wurde 2025 der "REPowerEU"-Plan aktualisiert und um einen umfassenden Fahrplan erweitert, um die Abhängigkeit von russischen Energieimporten bis 2027 zu überwinden¹⁴). Mit diesen Initiativen bemüht sich die EU aktiv, strate-

gische Antworten auf die neuen Herausforderungen zu finden. Allerdings bestehen berechnete Zweifel an der Kohärenz der hochgesteckten Ziele mit den dafür mobilisierten neuen Mitteln.

6. Aktuelle Entwicklungen

6.1 Die Berichte von Letta und Draghi

Zwei einflussreiche Berichte mit jeweils sehr **ernüchternden Diagnosen zur Wettbewerbsfähigkeit der EU** prägen derzeit die industriepolitische Diskussion. Der Bericht von Letta (2024) stellt vor allem auf die Stärkung des EU-Binnenmarktes als Grundlage für industrielle Wettbewerbsfähigkeit ab. Er betont die Notwendigkeit, den fragmentierten Binnenmarkt zu vereinheitlichen, damit europäische Unternehmen rascher wachsen und im globalen Wettbewerb bestehen können. Zudem fordert er die Umsetzung einer echten Kapitalmarktunion, um für die notwendigen Investitionen private Ersparnisse zu mobilisieren. Viele dieser Ansatzpunkte finden sich auch in dem Bericht von Draghi (2024). Er fordert ebenso wie Letta eine massive Ausweitung der Investitionen in Forschung und Entwicklung, Digitalisierung, Bildung und Infrastruktur, die Reduktion von Energiekosten sowie den Abbau administrativer Belastungen¹⁵). Beide betonen, wie wichtig die Vollendung der Kapitalmarktunion wäre, um die großen Investitionsbedarfe zu decken. Während Letta die Mitgliedsländer dazu verpflichten möchte, mehr nationale Mittel in EU-weite Initiativen einzubringen, betont Draghi die Möglichkeit der gemeinsamen Schuldenaufnahme durch EU-Anleihen.

Kritisch zu sehen ist, dass beide Berichte die **Wettbewerbspolitik** im Kontext strenger Fusionskontrollen tendenziell als Hindernis für die Skalierung weltweit agierender europäischer Unternehmen betrachten. Gegen die verbreitete Vorstellung, dass weniger Wettbewerb durch strategische Konsolidierungen die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen auf dem Weltmarkt verbessern könnte, sprechen nicht nur theoretische Überlegungen, sondern auch die empirische Evidenz erfolgreicher Industriepolitik im asiatischen Raum (Aghion et al., 2015; Lee et al., 2021). Vielmehr zählt auch dort ein selektives Wettbewerbsumfeld auf dem eigenen Markt zu den wesentlichen Erfolgsfaktoren (Beispiel Elektromobilität in China)¹⁶).

6.2 Kompass für Wettbewerbsfähigkeit

Die Berichte von Letta und Draghi hatten erheblichen Einfluss auf die Prioritätensetzung der Europäischen Kommission. Diese stellte im Jänner 2025 den **Kompass für Wettbewerbsfähigkeit als Fünfjahresrahmen** für ihre Aktivitäten vor und schrieb die Wettbewerbsfähigkeit als übergeordnetes Handlungsprinzip der EU fest¹⁷). Es werden zwar weiterhin auch die soziale und ökologische Dimension der Wettbewerbsfähigkeit berücksichtigt, doch stehen wirtschaftliche Aspekte klar im Vordergrund.

Der Kompass basiert unmittelbar auf dem Draghi-Report und identifiziert drei **"transformative Imperative"** für die EU. Der erste Imperativ ist das Schließen der Innovationslücke gegenüber den USA und China sowie des damit verbundenen Rückstands im Produktivitätswachstum. Gelingen soll das durch die Beseitigung struktureller Barrieren und eine Dynamisierung der Wirtschaft. Der zweite Imperativ ist ein Fahrplan für Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit, die nicht als konkurrierende, sondern als integrierte Ziele verstanden und gemeinsam verfolgt werden sollen. Der dritte Imperativ betont das Ziel der **Offenen Strategischen Autonomie** zur Verringerung bestehender Abhängigkeiten sowie der Erhöhung der Sicherheit.

Zur Unterstützung dieser drei Säulen definiert der Kompass fünf horizontale Erfolgsfaktoren, welche die Wettbewerbsfähigkeit über alle Sektoren hinweg stärken sollen. Dazu zählen erstens die Verringerung der administrativen Belastung von Unternehmen und zweitens die Vollendung des Binnenmarktes, insbesondere der von Letta und Draghi eingeforderten Kapitalmarktunion. Damit eng verbunden ist drittens die Finanzierung der umfangreichen Investitionsvorhaben durch eine geplante "Union für Sparen und Investitionen" sowie einen reformierten EU-Haushalt mit einem neuen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit. Der für das Schließen der Innovations- und Wachstums-lücke besonders wichtige Bereich der Venture-Finanzierung wird in

Der EU-Kompass für Wettbewerbsfähigkeit baut auf dem Draghi-Bericht auf und entwirft einen Fünfjahresrahmen für die europäische Politik.

¹³) https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L_202401252.

¹⁴) https://commission.europa.eu/topics/energy/repower.eu_de.

¹⁵) Janger (2025) bietet eine rezente Diskussion des Draghi-Berichtes.

¹⁶) Zum Verhältnis von Industriepolitik und Wettbewerb existiert bereits eine umfangreiche ökonomische Lite-

ratur. Aktuelle Beispiele sind die Arbeiten von Tirole (2024), Duso und Peitz (2025), Hottenrott et al. (2025) sowie Schnitzer und Weber (2025).

¹⁷) Siehe Europäische Kommission (2025a) sowie Felbermayr und Pekarov (2025), Pekarov (2025) bzw. Vogel (2025) für eine zusammenfassende Diskussion.

der ebenfalls 2025 vorgestellten "EU-Startup-and Scale-up-Strategy" behandelt¹⁸⁾. Die vierte horizontale Aktivitätsleiste adressiert die Qualifikation von Arbeitskräften, Beschäftigung sowie soziale Fairness. Fünftens wurde zur Verbesserung der europäischen Governance ein neues "Koordinierungsinstrument für Wettbewerbsfähigkeit" angekündigt. Es soll die Abstimmung der Wettbewerbsstrategien innerhalb der EU und zwischen den Mitgliedsländern verbessern.

Ein wichtiges Instrument zur Umsetzung des Kompass sind die "**Omnibus**"-Pakete zur Vereinfachung und Entbürokratisierung des EU-Regelwerks. Dabei fasst die Europäische Kommission mehrere Rechtsvorschriften aus verschiedenen Politikbereichen in gebündelten Reformpaketen zusammen, anstatt viele kleine Einzeländerungen separat zu beschließen¹⁹⁾. Ein Schwerpunkt liegt auf der Harmonisierung von Berichtspflichten. Unternehmen sollen nicht mehr für jede Regulierung getrennt Daten sammeln und Berichte erstellen müssen. Stattdessen wird eine einheitliche Struktur angestrebt, welche die Anforderungen verschiedener Richtlinien integriert. Das erste, im Februar 2025 veröffentlichte Omnibus-Paket konzentriert sich auf die Vereinfachung der Nachhaltigkeitsberichterstattung und der Sorgfaltspflichten in den Lieferketten²⁰⁾. Ein zweites Paket befasst sich mit der Vereinfachung von EU-Investitionsprogrammen (InvestEU), ein drittes Paket mit der Gemeinsamen Agrarpolitik. Weitere Omnibus-Pakete sind in Vorbereitung.

Ebenfalls im Februar 2025 vorgestellt wurde der **Clean Industrial Deal**, der Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit als integrierte Komponenten einer einzigen Wachstumsstrategie behandelt und sechs Schwerpunkte benennt: einen Plan für bezahlbare Energie, die Finanzierung der Transformation, Kreislaufwirtschaft, internationale Partner-

schaften, Leitmärkte für grüne Technologien und den Bedarf an Fachkräften. Der Deal umfasst eine Reihe weiterer Maßnahmen. So wurde im Juni 2025 das neue "Clean Industry State Aid Framework" (CISAF) verabschiedet, das den Mitgliedsländern ein Instrumentarium an die Hand gibt, um strategische Industriezweige in den Bereichen erneuerbare Energien, Dekarbonisierung und saubere Technologien zu unterstützen. Als Finanzierungsvehikel angekündigt wurde die "Industrial Decarbonisation Bank" mit einem Volumen von 100 Mrd. €. Zudem soll der geplante "Industrial Decarbonisation Accelerator Act" Genehmigungsverfahren für Dekarbonisierungsprojekte vereinfachen und die Kriterien für die öffentliche Beschaffung harmonisieren²¹⁾.

Parallel zum "Clean Industrial Deal" verabschiedete die Europäische Kommission eine Reihe sektorspezifischer Aktionspläne, die zum Teil frühere Pläne ersetzen oder aktualisieren. Sie betreffen etwa die Stahlindustrie, den Automobilsektor, die chemische Industrie, Biotechnologie, Raumfahrt, Künstliche Intelligenz oder die Quantentechnologie. Aufgrund der aktuellen geopolitischen Umbrüche ist aber vor allem die militärische Sicherheit in den Fokus der EU-Industriepolitik gerückt. Mit der im Oktober 2025 präsentierten **European Defense Readiness Roadmap 2030** sollen unter dem Leitprinzip "Buy more, buy together, buy European" kritische Lücken in der Verteidigungsfähigkeit der EU geschlossen und die europäische Rüstungsindustrie gestärkt werden. Damit verbunden ist ein EU-weiter Rüstungsindustrialisierungsplan, der Künstliche Intelligenz, Drohnen, Raumfahrtsysteme und die Munitionsproduktion priorisiert. Zudem sieht er etwa militärische Mobilitätszonen analog zum Schengen-Raum vor, um Truppenbewegungen zu beschleunigen²²⁾.

7. Fazit und Ausblick

Die europäische Industriepolitik blickt auf eine **wechselvolle Geschichte** zurück, die zuletzt vor allem von Krisen und teils dramatischen Veränderungen der äußeren Rahmenbedingungen bestimmt wird. Zum steigenden Wettbewerbsdruck aus China und anderen Schwellenländern kommen wachsende technologische Lücken und damit verbunden wirtschaftliche und sicherheitspolitische Abhängigkeiten von den USA in Schlüsselbereichen wie Digitalisierung, KI oder Verteidigung. Angesichts der Krise der regelbasierten internationalen Ordnung sowie einer zunehmend enthemmten Geo-

politik treten ökonomische Grundsatzfragen über die Sinnhaftigkeit industriepolitischer Eingriffe in den Hintergrund. Das Gleiche gilt für überzogene, symbolbeladene politische Zielsetzungen, die falsche Erwartungen wecken und den Blick auf dringlichere Herausforderungen verstellen.

Nach Jahrzehnten der Selbstfindung mit wechselnder Intensität und Ausrichtung hat die EU mit dem Konzept einer integrierten Industriepolitik, welche die horizontale Standortpolitik mit ausgewählten strategischen Schwerpunkten verbindet, die

¹⁸⁾ https://research-and-innovation.ec.europa.eu/strategy/strategy-research-and-innovation/jobs-and-economy/eu-startup-and-scaleup-strategy_en.

¹⁹⁾ Die Bezeichnung "Omnibus" stammt aus dem Lateinischen und bedeutet "für alle".

²⁰⁾ Siehe z. B. Felbermayr et al. (2025).

²¹⁾ <https://www.europarl.europa.eu/legislative-train/carriage/industrial-decarbonisation-accelerator-act/report?sid=9101>.

²²⁾ https://defence-industry-space.ec.europa.eu/document/download/513de692-d08c-40cc-80cc-cb6611ace178_en?filename=EU-Defence-Industry-Transformation-Roadmap.pdf.

Weichen für eine **Konsolidierung** ihrer Industriepolitik gestellt. Seither wird mit zahlreichen neuen Instrumenten (z. B. Schlüsseltechnologien, IPCEI, Investitionskontrolle oder CBAM) versucht, die strategischen Handlungsmöglichkeiten beständig zu erweitern. Dieses Vorhaben stößt auf die bekannten Hindernisse: die fehlende Einigkeit und Koordination zwischen den Mitgliedsländern sowie die schwierige Governance gemeinsamer Projekte, die aus der Komplexität der EU-Institutionen folgen. Paradoxe Weise erweist sich ausgerechnet der zunehmende äußere Druck als das wirksamste Mittel, um diese Hürden zu überwinden.

Denn auf dem Spiel steht nicht weniger als die technologische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische **Souveränität der EU**²³⁾, die zunehmend in den Fokus der Politik rückt. So ist etwa die Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit der EU zu einem zentralen Transformationsziel aufgestiegen, während ambitionierte ökologische und soziale Vorhaben, deren Nutzen vor allem auf globaler Ebene spürbar wäre, teilweise abgeschwächt und entschärft wurden (z. B. Klimapolitik, Lieferkettengesetz). Die Schwerpunktverschiebung ist aufgrund der Dringlichkeit der aktuellen Herausforderungen verständlich. Sie

birgt aber auch die Gefahr, dass langfristige Transformationsziele dauerhaft durch kurzfristige Herausforderungen verdrängt werden.

Abseits der Schwerpunkte auf EU-Ebene muss **Österreich** eine Vielzahl eigener Standortpolitischer Hausaufgaben lösen²⁴⁾. Besonders dringlich sind u. a. die Budgetkonsolidierung, die nachhaltige Eindämmung der Inflation, die Deckung des Fachkräftebedarfs, die vermehrte Bereitstellung von Wagniskapital oder die Senkung der Bürokratiekosten. Eine strategische Industriepolitik als Antwort auf die großen geoökonomischen Herausforderungen erfordert jedoch europäische Lösungen. Die Nationalstaaten müssen ihre Industriepolitik darauf abstimmen, diese Lösungen mittragen (z. B. Freihandelsabkommen) und innerhalb der Schwerpunkte der EU ihre spezifischen Stärken und Chancen für eine eigenständige Entwicklung nützen. Eine wesentliche Herausforderung für die nationale Industriepolitik wird daher darin bestehen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen dabei zu unterstützen, sich innerhalb der großen europäischen Schwerpunkte und der sich daran orientierenden neuen Netzwerke in attraktiven Nischen zu positionieren und diese gemeinsam weiterzuentwickeln.

In einem wechselvollen Prozess der Selbstfindung versucht die EU, ihre strategischen Handlungsoptionen in der Industriepolitik mit neuen Instrumenten zu erweitern.

8. Literaturhinweise

- Aghion, P., Cai, J., Dewatripont, M., Du, L., Harrison, A., & Legros, P. (2015). Industrial Policy and Competition. *American Economic Journal: Macroeconomics*, 7(4), 1-32.
- Aiginger, K., & Rodrik, D. (2020). Rebirth of Industrial Policy and an Agenda for the Twenty-First Century. *Journal of Industry, Competition and Trade*, 20(2), 189-207.
- Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen (2025). *Industriepolitik in der Transformation*. <https://www.sozialpartner.at/wp-content/uploads/2025/06/Zur-Langfassung.pdf>.
- Dachs, B. (2023). The European Chips Act. *FIW Policy Brief*, (58). <https://www.fiw.ac.at/publications/fiw-policy-brief-no-58-the-european-chips-act/>.
- Draghi, M. (2024). The future of European competitiveness. Europäische Kommission. https://commission.europa.eu/document/download/97e481fd-2dc3-412d-be4c-f152a8232961_en.
- Duso, T., & Peitz, M. (2025). Wettbewerbspolitik und Industriepolitik unter einem Hut. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 26(3), 323-343. <https://ideas.repec.org/a/bpj/pewipo/v26y2025i3p323-343n1001.html>.
- Edler, J., Blind, K., Frietsch, R., Kimpeler, S., Kroll, H., Lerch, C., Reiss, T., Roth, F., Schubert, T., Schuler, J., & Walz, R. (2020). *Technologiesouveränität. Von der Forderung zum Konzept*. Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI.
- Europäische Kommission (2005). Umsetzung des Lissabon-Programms der Gemeinschaft: Ein politischer Rahmen zur Stärkung des verarbeitenden Gewerbes in der EU – Auf dem Weg zu einem stärker integrierten Konzept für die Industriepolitik. KOM(2005) 474. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52005DC0474>.
- Europäische Kommission (2009). Vorbereitung für unsere Zukunft: Entwicklung einer gemeinsamen EU-Strategie für Schlüsseltechnologien. KOM(2009) 512. <https://eur-lex.europa.eu/DE/legal-content/summary/european-strategy-for-the-development-of-key-enabling-technologies.html>.
- Europäische Kommission (2010). Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. KOM(2010) 2020. <https://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLET%20%20DE%20SG-2010-80021-06-00-DE-TRA-00.pdf>.
- Europäische Kommission (2012a). Eine stärkere europäische Industrie bringt Wachstum und wirtschaftliche Erholung. Aktualisierung der Mitteilung zur Industriepolitik. KOM(2012) 582. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52012DC0582>.

²³⁾ Siehe z. B. Edler et al. (2020) oder Reiner und Stöllinger (2025).

²⁴⁾ Siehe z. B. Peneder et al. (2025), Produktivitätsrat (2025), die Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung in

Hölzl et al. (2025) oder aktuelle Positionspapiere des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen (2025) sowie der Vereinigung der Österreichischen Industrie (2025).

- Europäische Kommission (2012b). Eine europäische Strategie für Schlüsseltechnologien – Eine Brücke zu Wachstum und Beschäftigung. COM(2012) 0341 final. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX:52012DC0341>.
- Europäische Kommission (2017). Offenheit für ausländische Direktinvestitionen bei gleichzeitigem Schutz grundlegender Unionsinteressen. COM(2017) 494 final. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52017DC0494>.
- Europäische Kommission (2020). Eine neue Industriestrategie für Europa. COM(2020) 102 final. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX:52020DC0102>.
- Europäische Kommission (2021). Aktualisierung der neuen Industriestrategie von 2020: einen stärkeren Binnenmarkt für die Erholung Europas aufbauen. KOM(2021) 350. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52021DC0350>.
- Europäische Kommission (2025a). A Competitiveness Compass for the EU. COM(2025) 30. https://commission.europa.eu/document/download/10017eb1-4722-4333-add2-e0ed18105a34_en?filename=Communication_1.pdf&preflang=de.
- Europäische Kommission (2025b). Der Deal für eine saubere Industrie: Ein gemeinsamer Fahrplan für Wettbewerbsfähigkeit und Dekarbonisierung. KOM(2025) 85. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52025DC0085>.
- Fadinger, H., & Steinwender, C. (2025). Industriepolitik im Umbruch: Neue Herausforderungen und Perspektiven für Europa und Deutschland (Editorial). *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 26(3), 253-254.
- Felbermayr, G. (2023). Industriepolitik nach der geopolitischen Zeitenwende. *WIFO-Monatsberichte*, 96(1), 3-14. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/29857750>.
- Felbermayr, G., Friesenbichler, K., Gerschberger, M., Meyer, B., & Klimek, P. (2025). EU Supply Chain Regulations Between Efficiency and Effectiveness. *Intereconomics*, 60(3), 165-169.
- Felbermayr, G., & Pekanov, A. (2025). The European Commission Competitiveness Compass – a Roadmap for Europe. *WIFO Research Briefs*, (2). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/56869099>.
- Hofmann, K., Janger, J., & Unterlass, F. (2025). Wettbewerbsfähigkeit in Forschung, Technologie und Innovation. Stärken-Schwächen-Profil bei Schlüsseltechnologien. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/57838583>.
- Hözl, W., Friesenbichler, K., Kügler, A., & Meyer, B. (2025). Herausforderungen und Determinanten der Wettbewerbsfähigkeit in Zeiten globaler Unsicherheit. Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung 2025. *WIFO-Monatsberichte*, 98(7), 373-382. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/61122737>.
- Hottenrott, H., Inderst, R., Janeba, E., Schmidt, K., Wambach, A., & Zulehner, C. (2025). Industriepolitik in Europa. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 26(3), 272-289.
- Landesmann, M. (2025). EU Industrial Policy in the Evolving Geo-political and Geo-economic environment. *wiiw Policy Notes and Reports*, (96).
- Lee, K., Qu, D., & Mao, Z. (2021). Global value chains, industrial policy, and industrial upgrading: automotive sectors in Malaysia, Thailand, and China in comparison with Korea. *European Journal of Development Research*, 33, 275-303.
- Letta, E. (2024). Much More Than a Market. Speed, Security, Solidarity. Empowering the Single Market to Deliver a Sustainable Future and Prosperity for All EU Citizens. Europäische Union. <https://european-research-area.ec.europa.eu/sites/default/files/documents/2024-05/LETTA Report - Much more than a market April 2024.pdf>.
- Janger, J. (2025). Mehr Wettbewerbsfähigkeit und eine neue Industriestrategie für Europa: Umsetzung des Draghi-Berichts. *ÖGfE Policy Brief*, (07 2025). <https://www.oegfe.at/policy-briefs/mehr-wettbewerbsfaehigkeit-und-eine-neue-industriestrategie-fuer-europa-umsetzung-des-draghi-berichts/>.
- Pekanov, A. (2025). Europäische Wirtschaftspolitik 2024. Zwischen externen Schocks, strukturellen Problemen und der Notwendigkeit eines Produktivitätsschubs. *WIFO-Monatsberichte*, 98(3), 123-135. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/57774652>.
- Peneder, M. (2014). Warum die Neue Industriepolitik die Deindustrialisierung beschleunigen wird. *FIW Policy Brief*, (23). https://www.fiw.ac.at/wp-content/uploads/2023/02/23_FIW_PolicyBrief_Peneder.pdf.
- Peneder, M. (2017). Competitiveness and Industrial Policy: From Rationalities of Failure Towards the Ability to Evolve. *Cambridge Journal of Economics*, 41, 829-858.
- Peneder, M. (2026). Evolution of European industrial policy: past, present and perspective. In Farkas, B. (Hrsg.), *The Industrial Policy of the European Union in the Era of Global Conflict – From Green Transition to Rearmament*. Springer Nature (erscheint demnächst).
- Peneder, M., Bittschi, B., Burton, A., Köppl, A., & Url, T. (2025). *Wirtschaftsstandort Österreich: Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltige Entwicklung*. Springer-Gabler.
- Peneder, M., & Streicher, G. (2018). De-industrialization and Comparative Advantage in the Global Value Chain. *Economic Systems Research*, 30(1), 85-104.
- Polt, W. (2025). The EU's Industrial Policy Needs Better Governance. In Raza, W., Schlager, C., Skyman, V., & Soder, M. (Hrsg.), *Industrial Policy in the European Union*. ÖFSE & Social Europe.
- Polt, W., Linshalm, E., & Peneder, M. (2021a). *Important Projects of Common European Interest (IPCEI) im Kontext der österreichischen Industrie-, Technologie- und Innovationspolitik*. Joanneum Research, WIFO.
- Polt, W., Peneder, M., & Prem, E. (2021b). *Neue europäische Industrie-, Innovations- und Technologiepolitik (NIIT). Eine Diskussion zentraler Aspekte mit Blick auf Österreich*. Joanneum Research, WIFO, eutema. https://www.rat-fte.at/files/rat-fte-pdf/publikationen/2021/2106_Endbericht%20NIIT.pdf.

- Produktivitätsrat (2025). *Produktivitätsbericht 2025: Strukturwandel als Chance für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung*. <https://www.produktivitaetsrat.at/publikationen/prod-jahresberichte.html>.
- Raza, W., Schlager, C., Skyman, V., & Soder, M. (2025). Industrial Policy in the European Union. Towards a Progressive Agenda. ÖFSE & Social Europe.
- Reiner, C., & Stöllinger, R. (2025). Europe's Quest for Technological Sovereignty: a Feasible Path Amidst Global Rivalries. In Raza, W., Schlager, C., Skyman, V., & Soder, M. (Hrsg.), *Industrial Policy in the European Union*. ÖFSE & Social Europe.
- Republik Österreich (2026). *Industriestrategie Österreich 2035. Für einen wettbewerbsfähigen Industriestandort und wirtschaftliche Resilienz*. Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus. <https://www.bmwet.gv.at/Themen/industriestrategie.html>.
- Schnitzer, M., & Weber, E. (2025). Pro-kompetitive Industriepolitik für eine erfolgreiche Transformation der Wirtschaft. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 26(3), 255-271. <https://ideas.repec.org/a/bpj/pewipo/v26y2025i3p255-271n1004.html>.
- Tirole, J. (2024). Competition and Industrial Policy in the 21st Century. *Oxford Open Economics*, 3, i983-i1001. <https://doi.org/10.1093/ooec/odad080>.
- Vereinigung der Österreichischen Industrie (2025). *Gesammelte Industriestrategien 2020 – 2024*. <https://www.iv.at/news/detail/industriestrategie-gesamt/>.
- Vogel, L. (2025). Wettbewerbsfähigkeit – die EU-Agenda. *Wirtschaftspolitische Blätter*, (2/2025), 76-85.
- Wanzenböck, I., & Weber, M. (2024). Mission-oriented innovation policy and industrial policy. Key developments, new narratives and policy perspectives. *Austrian Mission Facility Policy Paper*, (2/2024). Austrian Institute of Technology GmbH. [https://www.ffg.at/sites/default/files/2025-07/Policy Paper MF MOIP and Industrial Policy 250228final.pdf](https://www.ffg.at/sites/default/files/2025-07/Policy%20Paper%20MF%20MOIP%20and%20Industrial%20Policy%202025final.pdf).